



Gerhard Bosch

**Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland 1990-1993
- Eine Zwischenbilanz -**

IAT 2/95

Prof. Dr. Gerhard Bosch

**Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland 1990-1993
- Eine Zwischenbilanz -**

Antrittsvorlesung an der Universität-GH Duisburg

9. Februar 1994

Institut Arbeit und Technik
Abteilung Arbeitsmarkt
Gelsenkirchen, Februar 1995

Inhalt

Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland 1990-1993

1	Einleitung	5
2	Modernisierungblockaden in der DDR-Wirtschaft	7
3	Die monetäre und politische Einigung.....	11
4	Der Arbeitsmarkt.....	13
5	Sich in neuen Realitäten zurechtfinden	15
6	Kann die Bundesrepublik auch von der DDR lernen?	17
	Literatur	19
	Anhang.....	21

1 Einleitung

Daß die Sowjetunion zusammenbrechen und Deutschland wieder vereint werden würde, hat vor 1989 eigentlich niemand geglaubt. Das Buch des russischen Dissidenten Amalrik "Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben" wurde ähnlich wie Weltuntergangsprognosen religiöser Sekten belächelt, obgleich er sich nur im Datum geirrt hat.

Ich bin in der Zweistaatlichkeit Deutschlands aufgewachsen und hielt sie für genauso selbstverständlich und unverrückbar, wie fast alle Politiker. Zwar wurde weiterhin an der Forderung der Vereinigung beider deutschen Staaten festgehalten. Dieses Postulat wurde ausgiebig an Feiertagen bekräftigt, spielte aber in der Tagespolitik keine große Rolle. Das läßt sich an vielen Beispielen illustrieren: In West-Berlin etwa wurde der Anhalter Bahnhof abgerissen, da nicht mehr erwartet wurde, daß von da aus Züge losfahren könnten. Oder: Ein Blick auf die Landkarte Westdeutschlands zeigt, daß der Ausbau der heute so wichtigen Ost-West-Verbindungen versäumt wurde.

Die Bundesrepublik verfügte zwar über eine großzügig ausgestattete Infrastruktur der Beobachtung und Analyse des anderen Teils Deutschlands. Als dann der im Grundgesetz vorgesehene Fall der Vereinigung naherrückte, fanden sich jedoch in keiner der zahlreichen Schubladen Szenarien über die denkbare Entwicklungen und Pläne für zukünftiges Handeln.

Entsprechend naiv waren die Voraussagen für die Zukunft. Getragen von der Vereinigungseuphorie und bald auch vom Wahlkampffieber wurden "blühende Industrielandschaften in Ostdeutschland" vorausgesagt. Alle führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute prognostizierten 1990 Ostdeutschland nach einem kurzem Produktionseinbruch eine rosige Zukunft (Bosch/Knuth 1991). Mit zunehmender Regierungsnähe nahm zwar der Optimismus zu, aber das war nur eine graduelle Nuance. Viele Politiker, aber auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler jeder Couleur aus der alten Bundesrepublik haben allen Grund sich durch die Ereignisse vor und nach der Vereinigung gründlich blamiert zu fühlen und sich heute in Bescheidenheit zu üben.

Der Zustand von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland ist heute beklagenswert. Von den rund 9,8 Millionen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland sind mehr als 4 Millionen verlorengegangen (Bosch/Knuth 1993). Die ostdeutsche Industrieproduktion, die 1939 noch fast 30% der westdeutschen betragen hatte, halbierte sich im Verlaufe der 40jährigen DDR-Geschichte bis 1989 auf ca. 15%, um dann in nur drei Jahren auf einen Anteil von 3,8% abzufallen. Ostdeutschland erlebte den schärfsten Einbruch, den jemals ein industrialisiertes Land betroffen hat. Dies läßt sich mit folgendem Vergleich illustrieren: 1919, also nach dem ersten Weltkrieg, betrug die Produktion immerhin noch 57% des Vorkriegsniveaus, und 1932, während des Tiefpunkts der Weltwirtschaftskrise, wurden 59% des Niveaus der Industrieproduktion gemessen (ifo-schnelldienst 16-17/1991: 39). In Ostdeutschland hingegen sank die Industrieproduktion nach der Währungsunion auf weniger ein Drittel des Niveaus von 1989 und hat sich von dieser Katastrophe noch nicht erholt. Aus Ostdeutschland ist zumindest für eine längere Übergangsperiode eine "Konsumgenossenschaft " geworden. Solange die Ostdeutschen aber nur von einem westdeutschen Sozialplan leben, und nicht auf eigenen Füßen stehen, bleiben sie labil - psychisch, sozial und politisch. Die eine Unsicherheit gebiert die andere (Hankel 1993:9).

War ein solcher Einbruch zu erwarten? Immerhin gehörte die DDR vor der Wiedervereinigung zu den zehn größten Industrieproduzenten der Welt. Sie verfügte über ein gut ausgebautes Bildungssystem, der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am Bruttosozialprodukt lag in etwa so hoch wie in der Bundesrepublik. Die Ausgangsbedingungen für einen schnellen Aufschwung schienen günstig. Dem standen aber der Zustand der ostdeutschen Wirtschaft und die Modalitäten der Währungsunion entgegen.

2 Modernisierungsblockaden in der DDR-Wirtschaft

Ulrich Voskamp und Volker Wittke vom Soziologischen Forschungsinstitut in Göttingen haben in einem von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie prämierten Aufsatz die Modernisierungsblockaden der ostdeutschen Wirtschaft herausgearbeitet (Voskamp/Wittke 1990). Das Zurückbleiben der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber der westdeutschen kann man bis Ende der 60er Jahre noch teilweise auf externe Umstände, wie hohe Reparationszahlungen an die Sowjetunion und dem Ausbleiben einer dem Marshallplan vergleichbaren Hilfe von außen zuschreiben. Seitdem waren jedoch weitgehend interne Gründe verantwortlich, die man vor allem an der Herausbildung der Kombinate und ihrer Abschottung vor jeglicher Konkurrenz selbst innerhalb der DDR festmachen kann. Die ostdeutsche Wirtschaft war nach dem Krieg noch durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt, die sich kaum in eine zentralistische Planung einfügen ließen. 1972 wurden rund 12.000 Klein- und Mittelbetriebe verstaatlicht (Sinn/Sinn 1993:111) und spezialisierten Kombinat zugeordnet. Ihr zuvor vielseitiges Produktionsprogramm wurde bereinigt. Unter dem Schlagwort der "reproduktiven Geschlossenheit" wurden sie zu reinen Zulieferern mit einem sehr engen Produktionsprogramm umprofiliert.

Zu einem Zeitpunkt, als man in Westdeutschland begann, starre großbetriebliche Strukturen zu dezentralisieren, verlor die DDR-Wirtschaft mit dieser Verstaatlichungsaktion ihre letzten Flexibilitätspotentiale. Es gab praktisch keinen Markt mehr, auf dem man Maschinen oder Dienstleistungen zukaufen konnte. Die Kombinate mußten also nunmehr alles, was nicht mehr zu beschaffen war, selber herstellen. "Die Maxime der 'reproduktiven Geschlossenheit' führte zur Abschottung der Kombinate nach außen. Es entwickelte sich faktisch eine Zerlegung der Gesamtwirtschaft in einzelne, voneinander abgeschlossene Reproduktionskreisläufe. Die Folge war ein Rückgang der Arbeitsteilung zwischen den Kombinat" (Voskamp/Wittke:16). Bis 1971 verfügten nur wenige Kombinate über eigene Produktionskapazitäten zur Herstellung eigener Anlagen. Zwischen 1975 und 1988 - also nach der Gründung der Kombinate - wuchs die Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln um den Faktor 14. Selbst Universitäten mußten einen Anlagenbau für ihre naturwissenschaftlichen und technischen Fachbereiche aufbauen, da sie keine Klein- oder Mittelbetriebe mehr fanden, die ihnen behilflich sein konnten. Die Folge war eine zersplitterte Produktion in Kleinserien, bei denen das Rad mehrfach erfunden und knappe Kapazitäten für Forschung und Entwicklung vergeudet wurden.

Autarkie in Schlüsselbereichen der Industrie wurde auch für die gesamte DDR angestrebt. In den 80er Jahren wurde die Hälfte aller Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Elektro- und Elektronikindustrie für die Entwicklung der Mikroelektronik zur Verfügung gestellt. Die DDR erhöhte zwar ihren Selbstversorgungsgrad bei mikroelektronischen Bauelementen in den 80er Jahren von 25% auf 60%, verzettelte sich aber völlig in Kleinserien. Das Kombinat Mikroelektronik nahm im internationalen Handel pro eingesetzter Ostmark nur 14 westdeutsche Pfennige ein gegenüber einem Durchschnitt von 23 Pfennigen (Sinn/Sinn 1993: 73). Ähnlich verlief die Entwicklung bei Industrierobotern. Ende der 80er Jahre stellten in der DDR ca. 700 Betriebe parallel Industrieroboter her. Die durchschnittliche Produktion betrug nicht einmal 7 Roboter im Jahr (Voskamp/Wittke 190: 15). Die modernsten Sektoren, die riesige Investitionen auf sich gezogen hatten, waren zugleich die ineffektivsten.

Die zentralisierte Planwirtschaft konnte mit ihren Planvorgaben nie nachhaltig die Organisation des Produktionsprozesses durchdringen. Während in einer Marktwirtschaft die Auseinandersetzung um die Arbeitsleistung sich in den Betrieben, also einer privaten Sphäre, vollziehen, werden in einer Planwirtschaft Leistungsnormen zum Politikum. Wie die Ereignisse des 17. Juni 1953 zeigten, erschüttern Konflikte in diesem Bereich schnell die Legitimität des gesamten Systems, das umso anfälliger wird, je mehr es beansprucht, zuvor nichtstaatliche Sphären zu regeln. Wenn jeder Gemüsestand zur "Behörde" wird, zieht der Staat jede auch nur denkbare Unzufriedenheit auf sich, die in einer Marktwirtschaft vielfältig verteilt und damit politisch entschärft, allerdings ohne daß ihr dabei unbedingt auf den Grund gegangen wird.

Engagierte Beschäftigte wurden im Arbeitsleben der DDR immer wieder entmutigt. "Aus der Perspektive der Beschäftigten sah es so aus, daß jede Mühe irgendwann durch den Plan zunichte gemacht wurde" (Rottenburg 1991:311). Dies ist immer wieder ein Thema der DDR-Literatur gewesen, die hier viel aussagekräftiger ist, als die Veröffentlichungen der ostdeutschen Soziologie und zudem eine gute Informationsquelle über die Stimmungen in der DDR und auch Hoffnungen vieler DDR-Bürger auf eine offenere Informationspolitik verkörperte. Ich denke etwa an Erik Neutsch's "Spur der Steine", das zur Pflichtlektüre in DDR-Schulen gehörte, an Dieter Noll's "Kippenberg" oder Christa Wolf's "Der geteilte Himmel", wobei allerdings nur Christa Wolf einen Rang hat. Diese Bücher waren, was die Zukunft der DDR betraf, pessimistisch. Denn sie zeigten wie der Aufbauidealismus, der in Ostdeutschland ja durchaus existierte, angesichts der Vergeblichkeit vieler Anstrengungen in Resignation oder sogar "Republikflucht" endete.

Da in den Betrieben negative Sanktionen auf Leistungszurückhaltung, wie vor allem Kündigungen ausgeschlossen, und Arbeitskräfte knapp waren, lag die Stärke der Beschäftigten in ihrer Passivität. Weisungen der Vorgesetzten konnten sie jederzeit unterlaufen. Diese waren auf die Mitwirkung der Beschäftigten angewiesen und mußten versuchen, sie zu einem Mindestmaß an Kooperation und Planerfüllung zu gewinnen. Bei der Aushandlung der Pläne wurden niedrige Normen angesetzt und die Planerfüllung gegen Überstunden getauscht, die teilweise nur auf dem Papier standen. Diese unproduktiven Kompromisse wurden durch ein hohes Maß an Ineffizienz erkaufte. Wer einmal selbst die passive Stärke der Bedienung in einem DDR-Restaurant erlebt hat, wird die Aussage, daß die Arbeiterklasse in der DDR die herrschende Klasse war, nicht mehr völlig in Zweifel stellen. Dem ließen sich teilweise durchaus positive Seiten abgewinnen, die Conrad Lay etwas zugespitzt so beschreibt: "Der...Werk tätige, der nichts werden wollte, war der freieste Mensch im Arbeiter- und Bauernstaat, er hatte nichts zu sagen, aber ihm konnte auch niemand an den Karren fahren. Er besaß Individualisierungsspielräume, über die sein westdeutscher Kollege sicher nicht verfügte" (Lay 1993). Der Ostberliner Dramaturg Heiner Müller fand für den gleichen Sachverhalt folgende, treffende Formulierung: "Der bisherige Burgfriede in der DDR basierte doch darauf, daß zwei Stunden gearbeitet, aber acht bezahlt wurden. Man zahlte kaum Miete, und die Grundnahrungsmittel sind billig. Dafür hielt man das Maul" (Müller 1990: 16; zitiert nach Rottenburg 1991).

Allerdings ist auch der Schlendrian zermürend und auf Dauer nicht durchzuhalten. Der Wettbewerb zwischen den Brigaden, der ursprünglich der Leistungssteigerung dienen sollte, wurde schnell seines Stachels beraubt. Man einigte sich bald, daß jede Brigade ein Anrecht hatte, "im regelmäßigen Turnus zu 'siegen', um an Prämien zu gelangen" (Rottenburg 1991: 316). Da jeder auf den anderen angewiesen war, "entstand... ein feinmaschiges Netzwerk von Beziehungen. Es beruhte auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und setzte ein hohes Maß an Solidarität voraus...In gewisser Weise waren die 'Linientreuen' darauf angewiesen, daß die 'Andersdenkenden' sie nicht ganz im Stich ließen und umgekehrt. So kam man sich näher und lernte miteinander auskommen" (Rottenburg 1991: 319). Die Brigaden wurden zu einem wichtigen sozialen und menschlichen Zusammenhalt. Den guten Erinnerungen vieler Ostdeutscher hieran wird man sicherlich mit Abwertungen wie "reine Nostalgie" nicht gerecht; es sei denn man idealisiert unsere Ellenbogengesellschaft.

Diese dargestellten Modernisierungsblockaden schufen für die DDR eine ungünstige Ausgangssituation für den Übergang in die Marktwirtschaft: Die modernsten Sektoren, die eigentlich die Hoffnungsträger der Zukunft sein sollten, waren am wenigsten wettbewerbsfähig; die hochspezialisierten Betriebe konnten oft selbst mit viel Aufwand nicht mehr auf marktgängige Produktionen umgestellt werden; von den Beschäftigten wurde eine in kurzer Zeit kaum leistbare radikale Umstellung von der passiven Stärke auf eine motivierte Unterordnung erwartet. Diese Schwierigkeiten der Transformation wurden durch den Prozeß der monetären und politischen Einigung noch erschwert.

3 Die monetäre und politische Einigung

Aus rein ökonomischer Sicht wäre ein langsames wirtschaftliches Zusammenwachsen für alle Beteiligten günstiger gewesen. Ostdeutschland hätte seine Wirtschaft zum größten Teil aus eigener Kraft restrukturieren können und schrittweise den Wechselkurs von 1:4 auf 1:1 anpassen können. Die Transformation aus eigener Kraft zu schaffen, hätte dem ostdeutschen Selbstbewußtsein gut getan, westdeutsche Überheblichkeit gedämpft und das Ganze wäre wesentlich billiger gekommen.

Die Möglichkeit eines langsames Zusammenwachsens war aber politisch nicht gegeben. Um die Jahreswende 1989/90 wurde in der DDR zwar kurz über einen dritten Weg nachgedacht. Die real existierende Utopie der meisten Ostdeutschen war jedoch Westdeutschland. Damit erwies sich jeder Sonderweg als Illusion. Wie Ulrich Beck schrieb, ist "Polen minus Kommunismus immer noch Polen. DDR ohne Kommunismus ist - die Bundesrepublik Deutschland" (Beck 1991:24). Der massenhafte Auszug der Ostdeutschen aus der DDR nach Öffnung der Grenzen verdeutlichte, daß sie die DM so schnell wie möglich haben wollten, wo auch immer. Die schnelle Währungsunion war daher wirtschaftspolitisch genauso falsch, wie politisch unvermeidbar - unvermeidbar fast wie das Wetter.

Das 'Wie' dieser Währungsunion war aber durchaus strittig. Westdeutschland hatte seinen Wirtschaftsaufschwung mit der Währungsreform 1948 eingeleitet. Damals wurden die Geldvermögen auf weniger als ein Zehntel abgewertet. Die Betriebe wurden fast völlig entschuldet; sie fanden ein zerstörtes Umfeld vor und konnten in einem rasch wachsenden Markt ihre Erträge zur Expansion nutzen (Altvater 1991).

Ganz anders die Währungsunion 1990: Löhne und Renten wurden im Verhältnis 1:1 umgetauscht, ebenso wie Mindestbeträge bei den Ersparnissen. Der größte Teil der Ersparnisse jedoch wurde in einem Verhältnis 1:2 umgetauscht, wodurch die Ostdeutschen ein Drittel ihres Geldvermögens verloren. Die Unternehmensschulden wurden im Verhältnis 1:2 umgestellt. Die Wirkungen für die ostdeutschen Unternehmen waren verheerend: Ihre Preise vervierfachten sich über Nacht - sie hatten ja zuvor mit westdeutschen Firmen über einen Kurs von 1:4 konkurriert. Die Währungsunion entsprach also einer Aufwertung von 300% über Nacht und die Betriebe waren damit der übermächtigen westdeutschen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert. Eine solche Aufwertung würde keine Wirtschaft der Welt - auch nicht die japanische - überleben. Man stelle sich nur einmal die Exportchancen der deutschen Industrie vor, wenn der Dollar auf einmal (von DM 1,76) auf 44 Pfennig sinken und damit ein VW Golf in den USA nicht mehr 10.000 \$ sondern 40.000 \$ kosten würde. Die Konsumenten nutzten ihre beträchtliche neue Kaufkraft, um lang entbehrte Westprodukte zu kaufen und verschmähten Ostware. Als Konsumenten zerstörten sie ihre eigenen Arbeitsplätzen. Hinzu kam, daß der Kapitalstock der ostdeutschen Unternehmen wegen der geringen Produktivität und der veralteten Produktpalette auf einmal kaum noch etwas wert war. Die Schulden, die den Betrieben zu DDR-Zeiten aufgezwungen worden waren, verblieben aber noch zur Hälfte und mußten mit dem dreifachen Zinssatz wie zuvor bedient werden.

Den Zusammenbruch der Industrie, der hieraus folgte, habe ich eingangs beschrieben. Besonders betroffen waren die Sektoren mit modernen Produkten und hoher Forschungsintensität, so daß heute die ostdeutsche Restindustrie eine veraltete Produktpalette aufweist. Um zu überleben, wurden auch in diesem Rest oft die wichtigen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten

stillgelegt. Von 75.000 in der Forschung und Entwicklung tätigen hochqualifizierten Beschäftigten sind Mitte 1993 nur noch 15.000 übriggeblieben. Ein Drittel dieser 15.000 Beschäftigten befindet sich in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. In Westdeutschland entfallen auf 100 Beschäftigte sieben Industrieforscher, in Ostdeutschland nur noch einer (Nolte 1993: 30). Die Schlußfolgerung ist klar: Ostdeutschland ist auf dem Weg, eine verlängerte Werkbank Westdeutschlands zu werden.

Die Auswirkungen dieses brutalen Aufwertungseffekts ist nach Darstellung von Karl Schiller auch führenden Politikern und Unternehmern nicht klar gewesen ist (Der Spiegel 2/1994: 95). Es gehört auf jeden Fall zu den "Todsünden" der Vereinigung, daß den Betrieben die Schulden nicht erlassen worden sind, wobei W. Hankel in seinem Buch über "Die sieben Todsünden der Vereinigung" folgende Definition einer solchen Verfehlung zitiert: "Die Todsünde hat drei Merkmale: Versündigung in einer wichtigen Angelegenheit, volle Erkenntnis der Sündhaftigkeit, sowie völlige Einwilligung" (Hankel 1993: 13).

Eine zweite Todsünde - keine Angst ich werde nicht auf alle sieben eingehen - bewirkte mangelnde Rechtssicherheit. Dieser Vorwurf mag erstaunen, sollte doch die Vereinigung der Einführung des Rechtsstaates dienen. Mit dem Grundsatz der Naturalrestitution enteigneten Eigentums, d.h. der Rückgabe an die ehemaligen Besitzer oder ihre Erben, entstanden Unklarheiten, wem Grundstücke oder Gebäude eigentlich gehören. Wegen der komplizierten Rechtslage wird es noch lange dauern, bis alle Streitfälle entschieden sind. Um einen Eindruck von der Größenordnung zu vermitteln, möchte ich Ihnen ein Beispiel aus Magdeburg geben: "Gegen die 18.000 privaten Grundstücke und Gebäude dieser Stadt wurden nicht weniger als 11.000 Restitutionsansprüche gestellt, doch entschieden war zum Jahreswechsel 1991/92 hiervon so gut wie noch nichts" (Sinn/Sinn 1993: 112). Die Folgen für die Investitionstätigkeit sind leicht vorstellbar. Wenn die Eigentumsverhältnisse nicht klar sind, gewähren die Banken keine Kredite. Ich habe in meiner zweijährigen Tätigkeit im Aufsichtsrat eines ehemaligen ostdeutschen Kombinats selbst erlebt, wie Altbesitzer Ansprüche erhoben, ihren Betrieb wieder zu übernehmen, dann aber alle Zusagen wieder zurückzogen, nachdem die konkurrierenden Investoren resigniert aufgegeben hatten.

Die alte Produktion ist zusammengebrochen und die Neue kommt nur langsam in Gang. Nur etwas mehr als die Hälfte, nämlich 57% dessen, was 1993 in Ostdeutschland konsumiert wurde, wurde auch dort produziert. Die wirtschaftliche Konsequenz lautet: "Nur ein relativ kleiner Teil der in den neuen Bundesländern verfügbaren Kaufkraft (in Höhe von 485 Mrd. DM) stabilisiert den dortigen Kreislauf, während relativ viele Mittel in andere Regionen abfließen" (Autorengemeinschaft 1993). Die Ostdeutschen sind weiterhin auf die Zuschüsse aus dem Westen angewiesen, um diese Endnachfrage aufrechtzuerhalten .

4 Der Arbeitsmarkt

Rund 4 Millionen der ehemals 9,8 Millionen Arbeitsplätze sind zwischen 1989 und 1994 in Ostdeutschland verloren gegangen. Obwohl der Tiefpunkt bei der Produktion durchschritten ist, wird der Personalabbau in den 90er Jahren noch weitergehen. Denn trotz der niedrigeren Löhne liegen die Stückkosten in Ostdeutschland noch erheblich über denen in Westdeutschland.

4 Millionen Personen in Ostdeutschland konnte man schon aus politischen Gründen nicht ins Bergfreie fallen lassen. Es wurden daher zahlreiche arbeitsmarktpolitische Auffangmaßnahmen bereitgestellt. Ziel war es, Zeit zu kaufen, den Beschäftigten also eine Brücke bis zum erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung zu bauen und sie in dieser Zeit durch Qualifizierungsmaßnahmen oder die Vermittlung neuer Arbeitserfahrungen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die Marktwirtschaft vorzubereiten. Hier ist zweifellos beträchtliches geleistet worden. Mehr als drei Viertel aller Erwerbstätigen in Ostdeutschland durchliefen eine von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierte arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Hinzu kamen beträchtliche Eigeninitiativen vor allem bei der beruflichen Bildung. 39% aller Beschäftigten nahmen an einer nicht von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Weiterbildungsmaßnahme teil. Nicht alle Weiterbildungsmaßnahmen zeichnen sich durch eine hohe Qualität aus. Zum Teil behandelte man ostdeutsche qualifizierte Beschäftigte wie westdeutsche Langzeitarbeitslose. Die schulischen und beruflichen Grundkenntnisse der Ostdeutschen sind jedoch oft besser als die vergleichbarer Westdeutscher. Es mußten allerdings Lücken bei der Beherrschung neuer Technologien und vor allem im kaufmännischen Bereich wegen des völlig anderen Rechnungswesen geschlossen werden. Darüber hinaus ging es darum, Verhaltensweisen zu ändern, wie etwa den sparsamen Umgang mit Materialien und Zeit zu lernen.

Der Brückenbau durch Arbeitsmarktpolitik ist allerdings nicht gelungen, da auch nach drei Jahren hektischer Bautätigkeit das andere Ufer noch nicht in Sicht ist. Die Arbeitsmarktpolitik hat den raschen Personalabbau in Ostdeutschland abgefedert, weshalb er angesichts seiner Dimensionen so überraschend konfliktfrei verlief, wenn man als Vergleichsmaßstab einmal die Auseinandersetzung um die Stilllegung des Krupp-Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen nimmt. Die Belegschaften wurden als Kollektiv aufgelöst und auf verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verteilt. Mit diesem Prozeß der Individualisierung hat das Konfliktpotential abgenommen. Sobald diese potentielle Konfliktquelle beseitigt war, erfolgten die ersten Einschnitte in die Arbeitsmarktpolitik. Inzwischen sind die Sonderregelungen für die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland weitgehend ausgelaufen, ohne daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt dieses rechtfertigen würde.

Die offene Arbeitslosigkeit wird daher steigen, es sei, es ziehen sich Erwerbstätige vom Arbeitsmarkt zurück. Eine wegen ihrer politischen Brisanz unausgesprochene Hoffnung vieler Politiker ist, daß viele Frauen an den "Herd" zurückkehren. Denn anders als in Westdeutschland lag die Erwerbsquote ostdeutscher Frauen genauso hoch wie die der Männer, was durch ein flächendeckendes und gesellschaftlich akzeptiertes System von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten ermöglicht wurde. In Westdeutschland wird allzu häufig davon ausgegangen, daß unsere Form der weitgehend privaten Kinderbetreuung und der begrenzten weiblichen Erwerbstätigkeit die einzige für das Wohl der Kinder annehmbare Form, also gleichsam die "natürliche" Form, und damit auch das Vorbild für Ostdeutschland sei. Schon ein Blick nach Skandinavien oder auch Frankreich oder Belgien zeigt uns, welche unterschiedlichen Modelle der Kindererziehung

und der Frauenerwerbstätigkeit es gibt und daß wir, die Westdeutschen, beim Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung ein Entwicklungsland sind, das viel von der ehemaligen DDR lernen könnte.

Die ostdeutschen Frauen denken auch nicht daran, freiwillig das Feld zu räumen. Eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergab: "Etwa drei Viertel aller erwerbstätigen Frauen möchten in Zukunft vollbeschäftigt sein, ein Viertel eine Teilzeitbeschäftigung ausüben und lediglich ein Prozent gar nicht arbeiten" (Engelbrech 1993). Der Druck auf die Frauen, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, ist allerdings beträchtlich. Ihre Arbeitslosenquote liegt schon jetzt bei fast 24% und ist doppelt so hoch wie die der ostdeutschen Männer. Der drastische Geburtenrückgang in Ostdeutschland, der pünktlich 9 Monate nach Öffnung der Grenzen registriert werden konnte und selbst die Rückgänge der Geburten in den beiden Weltkriegen übertraf, spiegelt zum einen die große Zukunftsunsicherheit der Ostdeutschen wider und drückt zum anderen den Versuch der Frauen aus, die eigene Arbeitskraft für den Arbeitsmarkt flexibel zu halten. Dennoch weist vieles daraufhin, daß die ostdeutschen Frauen die Verliererinnen der Vereinigung sind und ihre Individualisierung im Sozialismus, die durch ein eigenes Einkommen und das gut ausgebaute System der öffentlichen Kindererziehung abgesichert wurde, wieder durch die Abhängigkeit in der Ehe ersetzt wird.

5 Sich in neuen Realitäten zurechtfinden

Wie nehmen nun die Ostdeutschen selber den Wandel wahr? Der Systemwandel führte zunächst zu einer systematischen Desorientierung und ständigen Überforderung der Ostdeutschen. Durch die 1:1 Übertragung westdeutscher Institutionen auf Ostdeutschland mußten sie angefangen vom Steuerausgleich bis hin zur Beantragung des Kindergeldes alle uns selbstverständlichen Dinge in kurzer Zeit lernen. Durch die Schilderung dieser Schwierigkeiten durch ostdeutsche Freunde ist mir erst richtig bewußt geworden, in welchem engmaschigen Netz von Institutionen wir uns bewegen. Ebenso wichtig wie die Kenntnis institutioneller Regelungen war das Wissen um alle die uns vertrauten in vielfältigen Sozialisationsprozessen erworbenen Verhaltenserwartungen in unterschiedlichen Kontexten. Die Ostdeutschen waren ständig in der Rolle der Unwissenden und Dummen, die von Wessis belehrt wurden. Ich weiß von einem Fall, in dem ostdeutsche Führungskräfte eines Unternehmens westdeutsche Aufsichtsratsmitglieder, darunter Vorstandsmitglieder großer Unternehmen und Banken, in einem Fliegerhorst mit Mannschaftsdusche unterbrachten. Dieser faux pas war neben den anstehenden Kündigungen von mehreren tausend Beschäftigten das Hauptthema der folgenden Aufsichtsratsitzung und hätte sie fast ihre Stelle gekostet.

Diese völlige Desorientierung im täglichen Leben hat fast die ganze Aufmerksamkeit und Kraft vieler Ostdeutscher in den ersten Jahren nach der Öffnung der Grenzen gebunden. Ein ostdeutsche Wissenschaftlerin erzählte vor kurzem am Rande einer Tagung: "Wir haben in den letzten Jahren überhaupt nicht richtig gelebt. Wir mußten uns ständig auf etwas Neues einstellen. Jetzt bin ich das erste mal seit drei Jahren wieder ins Theater gegangen.....Unsere alte Brigade hat sich auch wieder einmal getroffen, das geschieht übrigens immer öfter".

Die Ostdeutschen bilanzieren ihren nunmehr dreijährigen Vergleichs zwischen der DDR und der Bundesrepublik heute viel nüchterner als in der Einigungseuphorie vor drei Jahren und aufgrund der eigenen Erfahrungen zwangsläufig differenzierter als die Westdeutschen. "Die Zeit" hat hierzu im letzten Jahr eine repräsentative Untersuchung durchgeführt. Die Ergebnisse sind nicht überraschend. Der anfängliche Optimismus hat abgenommen. Die DDR erhält bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes, der sozialen Sicherheit und der Ausbildung von Jugendlichen bessere Noten als die Bundesrepublik. Die Kindereinrichtungen der DDR und die Gleichberechtigung von Mann und Frau werden ebenfalls im Vergleich positiv bewertet, worin sich auch weiterhin gültige andere Entwürfe der Verbindung von Beruf und Familie widerspiegeln. Viele Ostdeutsche sehen sich gesellschaftlich degradiert. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, daß nach der Wende fast alle Führungspositionen in Ostdeutschland mit Westdeutschen besetzt wurden. Zum anderen gab es in der DDR in der Nachkriegszeit gute Aufstiegschancen; insbesondere Facharbeiter haben die Lücken geschlossen, die durch die Flucht von Führungskräften in den Westen entstanden sind. Die Stärken der Bundesrepublik werden vor allem in höherem Lebensstandard, besseren Konsumchancen und größerer politischer Freiheit gesehen.

Sicherlich drückt sich in diesen Bewertungen der Wunsch aus, die Sicherheit und Überschaubarkeit der Lebensverhältnisse in der DDR mit dem Konsumniveau und der persönlichen Freiheit in Westdeutschland zu vereinbaren, was in dieser Weise nicht realisierbar ist. Wir sollten aber auch offen sein, gegenüber den kritischen Wahrnehmungen unserer Gesellschaft durch die neuen Bundesbürger, die ja keineswegs frei ist von Unfreiheiten. Ich möchte hierzu zwei Beispiele aus einer Studie von Ursula Beer und Ursula Müller (1994), die

1991 und 1992 Beschäftigte von Sachsenring in Zwickau interviewten, wiedergeben: Überrascht waren die Ostdeutschen von den neuen existenzbedrohenden Zwängen, denen sie vor allem im Arbeitsleben begegneten. Eine nicht der Kirche zugehörige Altenpflegerin (etwa 9 Mio Ostdeutsche gehören keiner Kirche an) wird vom kirchlichen Träger, der ihre Einrichtungen übernommen hatte, aufgefordert, bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist für die Übernahme "mit ihrem Glauben im reinen zu sein". In einem anderen Interview heißt es: "Vorher konnten wir uns beschweren, oder wir konnten mal was sagen! Jetzt kannst Du nichts mehr sagen; da kriegst Du keine Arbeit. Du hast Angst... Ich habe vorher meine Meinung gesagt, jetzt kann ich sie nicht mehr sagen. Und ich habe auch vor meinem Meister meine Meinung vertreten. Das war vielleicht ein Fehler. Jetzt holt der seine Jungs wieder her, die immer 'ja' gesagt haben".

6 Kann die Bundesrepublik auch von der DDR lernen?

Durch die Wiedervereinigung und den Export aller unserer Institutionen nach Ostdeutschland hat unsere Gesellschaft in ihrer jetzigen Struktur eine Art historische Weihe erhalten, die sie unter Umständen auf Jahre gegen Kritik immunisiert. Auch die Sozialwissenschaften sind in der Gefahr, zu einer solchen Immunisierung beizutragen, indem sie die Bundesrepublik als die "moderne" Gesellschaft ansehen, der die ehemalige DDR zu folgen habe. Diese Modernisierungsdebatte hat schon den Soziologentag 1990 bestimmt. Ich möchte hierauf nur mit zwei kurzen Kommentaren eingehen:

1. Die Bundesrepublik ist weniger modern als sie selbst glaubt. Nach dem Modernisierungsschub durch das Dritte Reich, das die Klassenstrukturen durchmischte und ständische Strukturen beseitigte, worauf Ralf Dahrendorf schon Ende der 60er Jahre hinwies (Dahrendorf 1966), haben sich unsere Gesellschaftsstrukturen wieder verfestigt. Es gibt etwa fein abgestufte Hierarchien zwischen Arbeitern und Angestellten, die durch ausgeprägtes Statusdenken abgesichert sind. Alle Vordenker einer neuen Fabrikorganisation sprechen von der Notwendigkeit, qualifizierte Arbeit in der Werkstatt aufzuwerten und in den Unternehmen die Hierarchien abzuflachen. Was ist stattdessen geschehen: Millionen von Beschäftigten in Ostdeutschland werden in Lohn- und Gehaltssysteme eingestuft, die zum Teil aus den 50er Jahren stammen, anstatt hier einen Neuanfang zu wagen. Die DDR war eine sehr homogene Gesellschaft mit geringen Status- und Einkommensunterschieden und einem hohen, relativ gleichmäßigen Bildungsniveau - eigentlich ein idealer Nährboden für neue Arbeits- und Produktionsstrukturen.
2. Der Münsteraner Soziologie Heinz Hartmann fordert, daß wir uns nicht damit begnügen sollen, nur festzustellen, daß das östliche Experiment gescheitert ist, sondern im Einzelvergleich fragen sollten: Wie gut sind unsere institutionellen Lösungen, die der Westen etwa anstelle von Polikliniken oder landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft einführt (Hartmann 1991). Nur durch unvoreingenommene Antworten auf solche Fragen läßt sich auch die bewußtseinsmäßige Spaltung zwischen Ostdeutschen, die die DDR-Vergangenheit zum Teil auch aus Widerstand gegen ungerechtfertigte Pauschalurteile idealisieren, und Westdeutschen, die sich nicht der Mühe für sie unbequemer Fragen unterziehen und lieber die Last der Vereinigung ganz auf die Ostdeutschen abwälzen wollen, abbauen.

Meine Zwischenbilanz war nicht sehr ermutigend. Man könnte natürlich die Gretchenfrage stellen, ob in einer Parteiendemokratie, in der es um die Maximierung von Wählerstimmen ging, die angesprochenen "Todsünden" hätten vermieden werden können. Offen ist auch, ob diese Zwischenbilanz nur vorübergehende Probleme und zeitweilige Stimmungslagen kennzeichnet, also aus historischer Perspektive in einigen Jahren als zu larmoyant erscheint. Wenn ich über die Entwicklungschancen der nächsten Jahre gesprochen hätte, hätte ich einen anderen Vortrag halten müssen. Mein Thema waren heute die Transformationsprobleme beim Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft. Für die längere Zukunft sehe ich durchaus gute Entwicklungschancen für Ostdeutschland, die vor allem in unserem föderalen System und dem damit verbundenen solidarischen Finanzausgleich begründet sind. Dadurch haben die ostdeutschen Länder im wirtschaftlichen Bereich die Chance, ihre Infrastruktur zu modernisieren und zu versuchen, durch einen Ausbau von Wissenschaft und Forschung den Grundstein für neue Produktionsketten zu entwickeln. Die mit unseren Länderstrukturen verbundenen politischen

Institutionen geben den Ostdeutschen politische Artikulationschancen und erleichtern die Herausbildung regionaler Identitäten, die quer zu Parteienpräferenzen stehen. Solche Identitäten sind notwendig, um ein Bewußtsein für eigene Handlungschancen in Politik und Wirtschaft zu schaffen, die eigenen Interessen offensiver zu vertreten und das geknickte Selbstbewußtsein der Ostdeutschen wieder aufzurichten. Für die Westdeutschen wird das nicht immer angenehm sein. Ihr "Rat" wird in Zukunft oft sehr deutlich zurückgewiesen werden. Wir stellen jetzt schon fest, daß viele "Aufbauhelfer" aus Westdeutschland nicht mehr länger gefragt sind und ganz bewußt durch Ostdeutsche ersetzt werden.

Ich hätte mich heute gerne daran beteiligt, den Wirtschaftskreislauf in Ostdeutschland anzukurbeln. Leider ist jedoch der dort beliebte Rotkäppchensekt hier nicht erhältlich, so daß ich Sie gerne im Anschluß zu einem Umtrunk mit westdeutschen Produkten einladen möchte.

Literatur

- Altwater, Elmar**, 1991: Ist das Wirtschaftswunder wiederholbar? Ein Leistungsvergleich zwischen Währungsreform 1948 und Währungsunion 1990, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6:695-707
- Autorengemeinschaft**, 1993: Der Arbeitsmarkt 1993 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland. MittAB, Heft 4
- Beck, Ulrich**, 1991: Opposition in Deutschland. In: Giesen B., Leggewie C. (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin
- Beer, Ursula / Müller, Ursula**, 1994: Sich-Zurechtfinden in einer neuen Realität: Barrieren und Potentiale. In: Beckmann P., Engelbrech G. (Hrsg.), Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück. Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung Band 179, Nürnberg
- Bosch, Gerhard / Knuth, Matthias**, 1991: Can the Gap be Bridged? Industrial Restructuring and Labour Market Policy in East Germany. Contribution to the 3rd EALE Conference, El Escorial, September 1991.
- Bosch, Gerhard / Knuth, Matthias**, 1993: The Labour Market in East Germany Cambridge Journal of Economics 3:295-308
- Dahrendorf, Ralf**, 1966: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München
- Engelbrech, Gerhard**, 1993: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Einstellungen ostdeutscher Frauen zur Erwerbstätigkeit zwei Jahre nach der Wende - Ergebnisse einer Befragung, IAB-Kurzbericht Nr. 8
- Hall John / Ludwig Udo**, 1993: Creating Germany's Mezzogiorno. In: Challenge Juli/ August
- Hankel, Wilhelm**, 1993: Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin
- Hartmann, Helmut** 1991: Für alles gerüstet? Die deutsche Herausforderung als Herausforderung für die Soziologie. In: Giesen B., Leggewie C. (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin
- Lay, Conrad**, 1993: Aufholdjagd endet in der Sackgasse. Die Kritik der ostdeutschen Soziologen an der "nachholenden Modernisierung", in: "Frankfurter Rundschau, 19.10.1993
- Niethammer, Lutz / von Plato, Alexander / Wierling, Dorothee**, 1991: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen, Berlin
- Nolte, Dirk**, 1993: Zwischen Privatisierung und Sanierung: Die Arbeit der Treuhandstalt: Bilanz und Perspektiven aus gewerkschaftlicher sicht. WSI-Materialien, Düsseldorf
- Rottenburg, Richard**, 1991: Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen. Zum Verhältnis vertraglicher und nichtvertraglicher Beziehungen in einem VEB. In: Zeitschrift für Soziologie 4:305-322
- Sinn, Gerlinde / Sinn Hans-Werner**, 1993: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 3.Aufl. Nördlingen
- Voskamp Ulrich / Wittke Volker**, 1990: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärts-spiralen - zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatn der ehemaligen DDR. In: Sofi-Mitteilungen 3:12-30
- Die Zeit** (1993), Es wächst zusammen. 1.10.1993